



CDU Suhl - Friedrich-König-Straße 9 - 98527 Suhl

Fraktion im Stadtrat

Stadtrat der Stadt Suhl  
Finanz-, Vergabe- und  
Rechnungsprüfungsausschuss

11.05.2010

## **Stellungnahme zum Entwurf des Maßnahmenplans zur Fortführung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Suhl bis 2013**

### **1. Sicherung und Optimierung der kommunalen Finanzausstattung**

Wie bereits in unserer Stellungnahme zum HH-Ausgleich 2010 vom 30.03.2010 formuliert, sprechen wir uns für eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs aus, in dem die zentralen Orte (Städte) eine ihrer Aufgaben und Umlandfunktionen angemessene Finanzausstattung erhalten. Insoweit unterstützen wir die dargelegten Ziele bei der avisierten Revision des Finanzausgleichsgesetzes.

### **2. Diskussion zur Kreisfreiheit der Stadt Suhl / Notwendigkeit einer Gebietsreform**

Die CDU-Fraktion unterstützt die Bestrebungen, eine ergebnisoffne und vorbehaltlose Diskussion über die Kreisfreiheit bzw. eine Gebietsreform zu führen. Gegenwärtig werden unterschiedlichste Modelle einer Gebietsreform auf ihre Einsparpotenziale hin berechnet. In Unkenntnis der diesbezüglichen Ergebnisse, kann eine abschließender Vorschlag gegenwärtig nicht unterbreitet werden.

### **3. Stabilisierung und weitere Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der CCS GmbH / Optimierung des Verbundes CCS GmbH und SBB mbH**

Der skizzierte Vorschlag, CCS GmbH und SBB mbH rechtlich, wirtschaftlich und organisatorisch zusammenzuführen, erscheint plausibel. Wir würden es begrüßen, weitergehende Szenarios zur Unterlegung der Erwartungen zu erhalten. Wir verweisen auf unseren Vorschlag zum Aufbau eines kommunalen Beteiligungsmanagements.

### **4. Überprüfung der Steuerhebesätze**

Wir sprechen uns angesichts der angespannten Wirtschaftslage ausdrücklich gegen eine Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer aus.

## 5. Prüfung der Möglichkeit der Sondertilgung von Kommunaldarlehen

Eine zusätzliche Belastung der städtischen Beteiligungen für Sondertilgungen städtischer Schulden kann nur unter Wahrung der Interessen der betroffenen Gesellschaften erfolgen. Keinesfalls darf eine derartige Quersubventionierung, die nicht über ordentliche Gewinnausschüttungen an den Gesellschafter erfolgt, die Unternehmen ungebührlich oder gar existentiell belasten. Sonderausschüttungen sind daher nur aus dem operativen Ergebnis der jeweiligen Gesellschaft denkbar. Ferner verweisen wir in diesem Zusammenhang auf unseren Vorschlag vom 30.03.2010, die strategischen Ziele aller kommunalen Beteiligungen und Eigenbetriebe zu überprüfen und ein kommunales Beteiligungsmanagement aufzubauen. Wir sehen den Vorschlägen gespannt entgegen.

## 6. Entlastung des städtischen Haushalts um Zins und Tilgung für GeWo-Darlehen

Wir unterstützen die Bemühungen, Sonderzuweisungen für die angesprochenen Darlehen zu erhalten. Unklar ist, welche Möglichkeiten derzeit zur Erreichung der angesprochenen dauerhaften Entlastung des zu leistenden Kapitaldienstes in Höhe von 1,8 Mio. EUR jährlich in Erwägung gezogen werden. Hier sehen wir den weiteren Erläuterungen gespannt entgegen.

Darüber hinaus verweisen auf unseren Vorschlag, Möglichkeiten zur Senkung der Finanzierungskosten bei Beteiligungen und Eigenbetrieben durch Kommunalbürgschaften oder Patronatserklärungen zu überprüfen.

## 7. Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Bauhof- und Grünflächenamtes

Die gefassten Beschlüsse zum weiteren Vorgehen sollten nicht durch andere Maßnahmen konterkariert werden. Insofern sollte auch eine neben diesem Prozess laufende Benennung von Teilzielen vorerst unterbleiben.

## 8. Überprüfung der Einnahmen aus Gebühren und Entgelten u.ä.

Die CDU-Fraktion sieht Gebührenerhöhung skeptisch entgegen. Dennoch folgen wir dem Vorschlag, diese in den angesprochenen Einzelfällen zu überprüfen. Wir bitten den Oberbürgermeister, Vorschläge zu unterbreiten.

## 9. Kommunale Zuweisungen und Zuschüsse im Bereich der freiwilligen Aufgaben

Wir stehen auch in diesem Bereich Streichungen oder Reduzierungen skeptisch gegenüber und bitten den Oberbürgermeister, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Erst wenn klar ist, welche Zuweisungen und Zuschüsse gestrichen oder gekürzt werden sollen, kann eine inhaltliche Diskussion im zuständigen Ausschuss erfolgen.

## 10. Aufgabenanalyse und Zweckkritik

Der eingeschlagenen Weg des strukturellen Personalabbaus der Verwaltung über Altersteilzeitmodelle muss konsequent fortgesetzt werden. Frei werdende Stellen sollen nur mit Augenmaß und orientiert am tatsächlichen Bedarf vorrangig mit jungen Angestellten wieder besetzt werden. Als Ziel sollte fixiert werden, eine Verwaltungspersonalkostenquote im unteren Drittel des Thüringer Durchschnitts

bis 2014 zu erreichen.

#### 11. Prüfung der teilweisen bzw. vollständigen Schließung von freiwilligen Einrichtungen

Wir stehen auch in diesem Bereich Schließungen oder Reduzierungen skeptisch gegenüber und bitten den Oberbürgermeister, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Erst wenn klar ist, welche Einrichtungen geschlossen werden sollen, kann eine inhaltliche Diskussion in den Fraktionen erfolgen.

#### 12. Überarbeitung der strategischen Jugendhilfeplanung

Die gefassten Beschlüsse sind Ausdruck des politischen Willens der Fraktionen. Eine pauschale Kürzung kommt auch an Betracht der gesetzten Ziele im Rahmen des ISEK nicht in Frage. Daher kann auch hier erst nach Vorlage konkreter Vorschläge, wie z.B. unser Vorschlag, den Vertrag Nordlicht auslaufen zu lassen, eine inhaltliche Diskussion stattfinden. Wir bitten den Oberbürgermeister dies zu forcieren.

Abschließend wollen wir unterstreichen, dass nur ein ganzheitliches Konzept zur Haushaltskonsolidierung unter Beachtung der Prämissen des ISEK eine tragfähige Basis für weitergehende Beschlüsse sein kann. Einzelmaßnahmen, die nicht im Kontext zu einem Gesamtkonzept stehen, werden von der CDU-Fraktion keine Unterstützung finden. Wir erwarten auch hier die Initiative des Oberbürgermeisters.

Marcus Kalkhake  
Stv. Fraktionsvorsitzender